

Neue Osnabrücker Zeitung
Ausgabe vom 13. Juni 2009
Seite 11
Ressort Osnabrücker Land

„Mehrheitsgruppe bildungspolitisch gescheitert“ Hitze Diskussionen im Ausschuss

hmd Georgsmarienhütte. Zwei Vorschläge hatten Grüne und Kreiselternrat in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport eingebracht: passende Standorte für neue Gesamtschulen zu finden und die Eltern flächendeckend über gewünschte Schulformen zu befragen. Davon wird nun wahrscheinlich nichts umgesetzt: Die Mehrheitsgruppe CDU/FDP/UWG blockierte die Vorstöße.

Sabine Willenborg hatte die Empfehlung des Kreiselternrats im Ausschuss vorgestellt. Die Bedürfnisse der Eltern und ihrer Kinder müssten in Erfahrung gebracht werden, lautete die Begründung des hinzugewählten Ausschussmitglieds. Ein Ansatz, den Rot-Grün unterstützte: Unternehmen würden auch die Kunden befragen, sonst gingen sie pleite, zog Volker Theo Egeling einen Vergleich zur Wirtschaft. „Sie denken doch gern unternehmerisch“, stichelte er in Richtung Mehrheitsgruppe. Offensichtlich nicht erfolgreich, denn diese lehnte den Antrag mit knapper Mehrheit ab.

Dies galt auch für die Frage nach weiteren Gesamtschulen, deren sich die Grünen annahmen: Im Landkreis würden mindestens noch zwei Gesamtschulen benötigt, sagte Reinhardt Wüstehube: „Die Welle kommt unweigerlich auf den Landkreis zu“, so seine Prognose. Daher müssten nun geeignete Standorte im Landkreis gesucht werden. Das hinzugewählte Ausschussmitglied Henrik Peitsch verwies auf die Wünsche der Familien: „Sie sind bildungspolitisch gescheitert“, sagte er in Richtung Mehrheitsgruppe. Nun müsse die Gruppe ihre Politik endlich nach dem Willen der Eltern richten. Den sehen CDU/FDP/UWG offenkundig anders, da sie den Antrag ablehnten. Allenfalls aus demografischen Gesichtspunkten könnten künftig Gesamtschulen eingerichtet werden, sagte Martin Dälken (CDU).

Künftig wird sich der Kreistag zudem nur mit dem Thema Gesamtschule beschäftigen, wenn es Vorstöße aus den Fraktionen gibt oder dies kreisangehörige Gemeinden auf der Basis eines gültigen Ratsbeschlusses beantragen. Diesem Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmte die Mehrheitsgruppe zu. Damit solle gewährleistet werden, dass der politische Wille in der jeweiligen Gemeinde gegeben sei, bevor die Verwaltung Vorschläge erarbeite, erläuterte Kreisrat Matthias Selle. Einstimmig empfahl der Ausschuss, die Entgelte für die außerschulische Nutzung von Sporthallen an die Kostenentwicklung anzupassen. Rund 15 Prozent mehr müssen die Gemeinden künftig an den Landkreis abführen. Die Erhöhung sei insbesondere der Kostenentwicklung bei den Energiepreisen geschuldet, erläuterte Andreas Dreier, Fachdienstleiter Schulen. Die Pauschalen stiegen zwischen 1000 auf 7610 Euro (Förderschule Melle) und 8390 auf 64 060 Euro (Berufsbildende Schulen Melle).

Thema im Ausschuss war auch die Gastschulgeldvereinbarung mit der Stadt Osnabrück. Hier geht es um den Kostenausgleich, wenn Schüler in benachbarten Kommunen die Schule besuchen. Selle bedauerte, dass die Osnabrücker Politik eine unbürokratische Lösung über Pauschalsätze abgelehnt habe. Dies bedeute nun, dass eine genaue Abrechnung pro Schüler und Schulform zu erfolgen habe. Ein Ergebnis sei für den Kreis noch nicht abschätzbar.

Auszug aus der Beschlussvorlage

„Die folgende Tabelle zeigt die Schülerzahlentwicklung an der Haupt- und Realschule Hagen sowie den Gymnasialanteil aus Hagen.

Schuljahr	Schüler insg.		HS-Zweig		RS-Zweig		GY-Zweig*	
	Kl. 5	Kl. 6	Kl. 5	Kl. 6	Kl. 5	Kl. 6	Kl. 5	Kl. 6
2004/2005	198	152	45	41	100	67	53	44
2005/2006	146	180	28	39	71	98	49	43
2006/2007	141	146	29	30	58	69	54	47
2007/2008	154	146	17	32	73	53	64	61
2008/2009	162	154	29	19	77	68	56	67

* Berücksichtigt sind die Schülerinnen und Schüler aus der Gemeinde Hagen a.T.W. an städtischen Gymnasien und am Gymnasium Oesede.

Aus der Tabelle geht hervor, dass mit den Schülerinnen und Schülern aus der Gemeinde Hagen a.T.W. aktuell die erforderliche Schülerzahl zur Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule am Standort Hagen vorhanden wäre.

VII. Entscheidungsvorschlag

a) Der Landkreis Osnabrück kann den Antrag der Gemeinde Hagen a.T.W. auf Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule in Hagen aus Gründen der Schulentwicklungsplanung und der Schülerbeförderung nicht zustimmen. Gegen die Kooperative Gesamtschule am Standort Hagen sprechen im Wesentlichen folgende Faktoren:

- Die Schülerzahlen aus der Gemeinde Hagen a.T.W. reichen nicht aus. Langfristig müssen auch Schülerinnen und Schüler aus den benachbarten Kommunen die Kooperative Gesamtschule am Standort Hagen besuchen. Damit können andere Standorte in ihrem Bestand gefährdet sein.
- Regelschulangebot in der Gemeinde Hagen a.T.W. kann nicht parallel zu einer Kooperativen Gesamtschule vorgehalten werden. Hagener Schülerinnen und Schüler, die sich für eine Regelschule entscheiden, müssten eine Schule eines benachbarten Schulträgers besuchen.
- Auf den Landkreis kommen erhebliche zusätzliche finanzielle Belastungen zu, da
 - 1) er sich voraussichtlich an den Kosten einer Kooperativen Gesamtschule beteiligen müsste ohne an anderer Stelle entsprechend entlastet zu werden.
 - 2) Zusatzfahrten in der Schülerbeförderung mit einem erheblichen jährlichen Kostenaufwand eingerichtet werden müssten.

Die Gemeinde Hagen a.T.W. eignet sich als dezentral gelegener Standort nicht für die Einrichtung einer Kooperativen Gesamtschule im Südkreis.

b) Sofern dem Antrag der Gemeinde Hagen a.T.W. nicht entsprochen wird, sollte auch keine Elternbefragung durchgeführt werden. Ein Muster einer Elternbefragung ist der Vorlage beigelegt.

Mehrheitsgruppe im Schulausschuss stellt sich gegen den Elternwillen

Henrik Peitsch

Die Mehrheitsgruppe im Schulausschuss macht mit ihren Beschlüssen deutlich, dass sie die im ganzen Land Niedersachsen nun schon seit fast zwei Jahren bestehenden Aktionsbündnisse für die Einrichtung von Gesamtschulen noch nicht wahrgenommen hat. Die Vertreter der Fraktionsgemeinschaft aus CDU/FDP/UWG haben auch noch nicht realisiert, dass es die Eltern und Schüler sind, die Gesamtschulen fordern. Dem Druck der Eltern ist es zu verdanken, dass die Regierung Wulff das umstrittene Gesamtschul-Gründungsverbot zurückgenommen hat.

Der Entscheidungsvorschlag der Kreisverwaltung ist völlig unakzeptabel. In der Vorlage wird eine ausreichende Schülerzahl ausgewiesen (s. Vorlage), im Beschlussvorschlag wird dagegen die Gesamtschule u.a. mit der ungenügenden Anzahl von Schülern abgelehnt. Die zukünftige Entwicklung der Schülerzahlen würde sicherlich auch eine KGS in Hagen treffen, aber auch andere Schulen und Standorte. Warum in der Statistik die Schüler nicht erfasst wurden, die eine Schule in Osnabrück (z.B. Gesamtschule Schinkel) oder in Nachbargemeinden besuchen,

bleibt ein Geheimnis der Verwaltung. Die einschlägigen Vorschriften verlangen auch nicht, dass in Hagen beide Schulformen vorgehalten werden müssen. Nachbargemeinden liegen in erreichbarer Nähe. Bei der Berechnung der Kosten für die Schülerbeförderung wurden mögliche Einsparungen durch den Wegfall von Beförderungskosten nicht berücksichtigt. Sie bleibt rein spekulativ.

Der eigentliche Skandal ist jedoch, dass die Mehrheitsgruppe eine El-

ternbefragung nicht nur für Hagen, sondern für den gesamten Landkreis ablehnte. Der Kreiselternrat und der Vertreter der Grünen/Bündnis 90 forderten eine solche Befragung. In Zukunft wird sich der Kreistag nur dann mit dem Thema Gesamtschulen beschäftigen, wenn der Kreistag selbst einen Beschluss darüber fasst bzw. wenn eine Gemeinde einen Antrag stellt. Offensichtlich will man auch hier den Elternwillen stoppen.

